



26. Freiburger **Gespräche** / **Entretiens** de Fribourg



28. – 30. NOVEMBER 2014

IM WESTEN NICHTS NEUES: FRISCHE IMPULSE FÜR EUROPA AUS DEM OSTEN?

Mit freundlicher Unterstützung von:

OFAJ
DFJW

Kulturamt

Freiburg
im Breisgau

Baden-Württemberg

Volksbank
Freiburg eG

Freiburger
PILSNER

[gfg]

Weimarer
Dreieck

DEUTSCH-FRANZÖSISCH-
SCHWYZERISCHE
OBERHEINKONFERENZ



CONFERENCE
FRANCO-GERMANO-SUISSE
DU RHIN SUPERIEUR

lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Impressum

Verantwortlich für diese Ausgabe: Nico Hanke
Erschienen im Dezember 2014

Herausgeber:

Junge Europäische Föderalisten Freiburg

c/o AStA Universität Freiburg

Postfach 79085 Freiburg im Breisgau

www.jef-bw.de/freiburg

Weitere Infos über die Freiburger Gespräche und Fotos gibt es auf

www.jef-bw.de/freiburg/freiburger-gespraech/

Inhalt

Frische Impulse für Europa aus dem Osten!.....	1
Die Podiumsdiskussion.....	2
„Der Westen vor der Türe Russlands“	3
Die Diskutanten im Wortlaut.....	4
Die Vorträge	5
„Neue Herausforderungen an das Kaleidoskop der europäischen Zusammenarbeit“	6
Auf ein Wort, Herr Standke!	7
Portrait Klaus-Heinrich Standke.....	7
„Die Wende der 1990er Jahre in Ungarn und aktuelle Entwicklungen“	8
Auf ein Wort, Herr Dalos!	9
Portrait György Dalos	9
Die Bulli Tour Europa 2014.....	10
Die Workshops	11
Workshop # 1: Mehr Europa im Osten oder mehr Osten in Europa?.....	12
Workshop # 2: Wie abhängig sind wir von Russlands Gas?	13
Workshop # 3: Zentraleuropa – Wo schlägt das Herz Europas?.....	14
Freiburger Gespräche Beyond the Headlines!.....	15
Wir waren dabei!.....	16

Frische Impulse für Europa aus dem Osten!

2014 jährt sich EU-Osterweiterung zum zehnten Mal. Es ist das Jahr, in dem zum ersten Mal mit dem Polen Donald Tusk ein Politiker aus dem ehemaligen Ostblock die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird.

Und so stellt man sich in diesem bedeutsamen Jahr auch die Frage, inwiefern die Osterweiterung die Idee von einem demokratischen, rechtsstaatlichen, solidarischen und föderal organisierten Europa vorangebracht hat, welche Bedeutung die neuen Mitgliedsstaaten in der Politik, Wirtschaft und Kultur Europas spielen.

Genau diesen Fragen sind die 60 Teilnehmer*innen der Freiburger Gespräche vom 28. – 30. November unter dem Titel „Im Westen nichts Neues: Frische Impulse für Europa aus dem Osten?“ nachgegangen.

Ohne Zweifel ist 2014 das Jahr, in dem sich die Mitgliedschaft der ehemaligen Ostblockstaaten in der EU erstmalig deutlich bemerkbar macht. Die russische Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten im Donbass lassen die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf einen mit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr für möglich gehaltenen Tiefpunkt sinken. Man wäre wohl kaum in derselben Situation ohne die Perspektive der östlichen Mitgliedstaaten. Denn mögen die im Westen Europas gelegenen Nationen das Verhalten der russischen Föderation in der aktuellen Ukraine Krise als unerfreulichen Bruch von internationalen Verträgen auffassen, so bietet sich in Polen und den baltischen Staaten ein gänzlich anderes Bild. Hier weckt das Auftreten des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine Krise Erinnerungen an längst überwunden geglaubte zaristische, später dann sowjetische Aggressionen und

Annexionen. Das Russland Putins als reale Gefahr für die globale Weltordnung im Allgemeinen, für die staatliche Integrität der Nationen Osteuropas im Besonderen.

Es ist letztendlich diese „osteuropäische Perspektive“, die von der EU ein entschlossenes und vor allem geschlossenes Auftreten gegenüber der gegenwärtigen russischen Aggression verlangt.

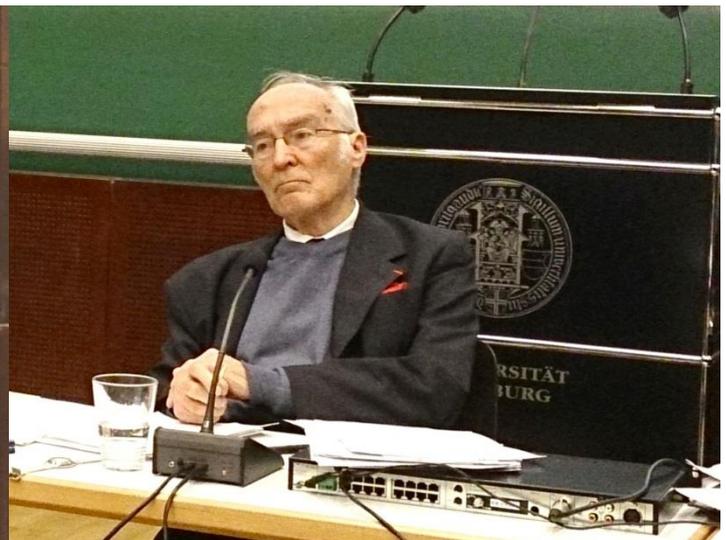
In Russland mag man sich die Frage stellen, wozu die EU die vormals guten Beziehungen für die Ängste Polens und der baltischen Staaten opfert. Dabei liegt die Antwort auf der Hand. Europa hat sich im Zuge der Osterweiterung gewandelt. Das entstandene Machtvakuum nach Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Sowjetunion, wurde gefüllt. Der postsowjetische Raum ist keine russische Interessenssphäre mehr. Sieben ehemalige Ostblockstaaten sind 2004 in freier Entscheidung Teil der europäischen Familie geworden, die ihren Mitgliedern vor allem eines verspricht: Solidarität. Und diese Solidarität ist doch so viel mehr als Transferleistungen in überschuldete Mitgliedstaaten. Sie ist das Versprechen, die begründeten Ängste und Befürchtungen der anderen Mitgliedsstaaten ernst zu nehmen und gemeinsam entschlossen darauf zu reagieren. Getreu dem Motto der polnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011: „Zusammenhalten und unterstützen“.

Von diesem und anderen Impulsen aus Europas Osten für die Europäische Union soll dieser Reader handeln. Vor allem aber soll er einen informativen und unterhaltsamen Rückblick auf die 26. Freiburger Gespräche ermöglichen!

NICO HANKE



DIE PODIUMSDISKUSSION



„Der Westen vor der Türe Russlands – Osteuropa zwischen Osterweiterung und russischer Monroe-Doktrin“

Die Freiburger Gespräche werden traditionell mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion eröffnet. Dieses Jahr drehte sich dabei alles um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Russland, der NATO und der Europäischen Union.

Es war nicht das erste Mal, dass an der Universität Freiburg über das Verhältnis zwischen Russland und dem „Westen“, und damit unausweichlich über den aktuellen Ukraine-Konflikt diskutiert wurde. Es war auch nicht das erste Mal, dass Herr Erler, langjähriger Experte auf diesem Gebiet und als Koordinator der Bundesregierung für Russland, Zentralasien und die Länder der östlichen Partnerschaft selbst täglich mit der Problematik befasst, dem Publikum Rede und Antwort stand.

Das Besondere an der von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und der Europa Union Freiburg organisierten Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Der Westen vor der Türe Russlands – Osteuropa zwischen Osterweiterung und russischer Monroe-Doktrin“ am vergangenen Freitag, war die Anwesenheit des Attachés für Außenpolitik der Russischen Botschaft, Daniil Bisslinger.

Zusammen mit dem Historiker und Russland-Versteher Prof. Volkmann bemühte sich der junge Diplomat, die russische Sicht auf die gegenwärtige Weltpolitik und die Geschehnisse auf der Krim und im Donbass den rund 250 Zuhörern näherzubringen und um Verständnis zu werben. Während Prof. Volkmann einen kritischen Blick auf die Erweiterungspolitik der EU und Nato nach dem Zusammenbruch des Ostblocks warf, bemühte sich Herr Bisslinger, den Willen Russlands an Kooperation statt Konfrontation mit dem Westen hervorzuheben.

Letztendlich können die aktuellen Probleme der Welt nicht mehr von den USA und ihren Verbündeten allein gelöst werden.

Gerade die aktuellen Konflikte im Vorderen Orient, Syrien und Irak sowie der Atomstreit mit dem Iran zeigen, dass auch der Westen in einer inzwischen multipolaren Welt mit Russland als gleichberechtigtem Partner zusammen arbeiten muss.

Sehr zur Freude des Moderators Herrn Prof. Standke, der immer wieder anmahnte, nicht nur in der Geschichte nach Fehlern der anderen Seite zu suchen, war damit der Blick nach vorne, auf eine mögliche Lösung des Konflikts eröffnet.

Und auch Herr Erler unterstich das Bestreben der Bundesregierung und der EU nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Eine Kooperation mit Russland zur Lösung des Konflikts in der Ukraine war und ist noch immer erklärtes Ziel Deutschlands, wofür beispielsweise die dafür eingerichtete Kontaktgruppe mit allen Konfliktparteien steht. Was einer friedlichen Beilegung allerdings im Wege stünde sei nicht die EU oder die Nato, sondern Russland selbst.

Die im Abkommen von Minsk vereinbarten Punkte, welche unter anderem die Grenzüberwachung durch die OSZE sowie einen Waffenstillstand vorsahen, würden alle durch das russische Vorgehen in der Ostukraine konterkariert. Dementsprechend sei auch an eine Lockerung oder gar Aufhebung der Sanktionen gegen Russland zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorstellbar.

In der hierauf folgenden Gegenrede von Herrn Bisslinger wurde deutlich, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen des Ukraine-Konflikts doch sind. Die Krimannexion sei zum Schutz der dort lebenden russischen

Bevölkerung erfolgt, hätte man diese etwa im Stich lassen sollen? Der Abschluss der malaysischen Passagiermaschine MH 17 würde vom Westen ohne konkrete Anhaltspunkte genutzt um Russland in der Weltöffentlichkeit anzuprangern. Somit wurde auch an diesem Abend wieder

deutlich, wie weit die Beteiligten in dem schwelenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen doch auseinander liegen. Den Zuhörer*innen wurde dafür ein umfassender Überblick über die verschiedenen Positionen aus erster Hand vor Augen geführt.

BENEDIKT GREINER

Die Diskutanten im Wortlaut

Daniil Bisslinger

„Die Krise in der Ukraine ist eine Auswirkung der westlichen Politik des letzten Vierteljahrhunderts, die vor allem auf die Stärkung der eigenen Sicherheit zum Nachteil der Sicherheit von anderen, die Erweiterung des von den westlichen Staaten kontrollierten geopolitischen Raumes gerichtet war und auch jetzt in vielerlei Hinsicht gerichtet ist. Diese Politik zeigte sich u.a. in den NATO-Erweiterungswellen, die allen auf der höchsten Ebene gegebenen Garantien und allen feierlichen Erklärungen über die Gründung des Systems einer gleichen und unteilbaren Sicherheit im euro-atlantischen Raum zuwider umgesetzt wurden.“

Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann

„Die EU sucht ihre unverkennbare integrative Krise durch vermeintliche außenpolitische Erfolge in Form der Osterweiterungen zu überspielen und zu kompensieren. Dabei nimmt sie ein hohes wirtschaftliches Risiko in

Kauf, weil alle bisher adoptierten, adaptierten sowie präsumtiven Mitglieder weit hinter der ökonomischen und technologischen Entwicklung der Kern-EU zurückhängen.“

Dr. hc. Gernot Erler

„1991 löste sich die Sowjetunion auf. In dieser Zeit des Machtvakuum, in der die Staaten Osteuropas nach Orientierung suchten, traf die Europäische Union eine historisch bedeutsame Entscheidung: «Wenn ihr euch reformiert, machen wir euch zu Mitgliedern». Davon umfasst waren drei Versprechen: Die friedliche Lösung von allen Interessenskonflikten, Prosperität und Solidarität. Ist das ein friedensgefährdendes Verhalten? Im Gegenteil, dort, wo dieses Angebot nicht gemacht wurde, folgten auf den Zusammenbruch Jugoslawiens vier blutige Kriege Das wurde in Osteuropa verhindert.“



Das Podium: Hauptmann Jan Helmchen, Daniil Bisslinger, Prof. Dr. Klaus-Heinrich Standke (Moderation), Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann, Dr. h.c. Gernot Erler.



DIE VORTRÄGE



„Neue Herausforderungen an das Kaleidoskop der europäischen Zusammenarbeit: Coalitions of the willing and coalitions of the capable“

Ein Vortrag von Prof. E.h. Dr. Drs. h.c. Klaus-Heinrich Standke

„Ein Leben im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit“. Mit diesen Worten begrüßt Klaus-Heinrich Standke Interessierte auf seiner Homepage. Den Teilnehmer*innen der Freiburger Gespräche stand der überzeugte Europäer Rede und Antwort.

Klaus-Heinrich Standke begann seinen Vortrag mit einem kurzen Abriss zur Geschichte der Vereinten Nationen und deren Vorgängerorganisation, dem Völkerbund. Aus persönlicher Erfahrung berichtete er, dass in der Weltorganisation von einem geschlossen Auftreten der europäischen Nationen keine Rede sein könne. Er kritisierte, dass es bis heute keine gemeinsame Stimme Europas bei den Vereinten Nationen gebe. Passend dazu stellte er die berühmte Frage Henry Kissingers nach der „europäischen Telefonnummer“. Diese sei bei den Vereinten Nationen ebenso relevant wie bei allen anderen internationalen Fragen - aber nicht vorhanden.

Hierfür mitverantwortlich machte er auch die Erweiterungswellen der Europäischen Union. Die Differenzen zwischen Ost und West seien auch 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks nach wie vor nicht zu übersehen. Bereits nach dem zweiten Weltkrieg hatten sich Ost- und Westeuropa nicht nur politisch sondern gerade auch ökonomisch auseinanderentwickelt. Der Marshallplan von 1948, der unter anderem der Bundesrepublik den wirtschaftlichen Wiederaufstieg in Form des Wirtschaftswunders ermöglichte, war zwar auch an die Staaten des Ostblocks gerichtet, konnten von diesen aber aufgrund des Druckes aus Moskau nicht angenommen werden. So muss man sich heute die Frage stellen, warum es unterlassen wurde, ein solches Wiederaufbauprogramm wie der Marshallplan nach Zusammenbruch des

Warschauer Paktes und der Sowjetunion nicht den Staaten Osteuropas gemacht wurde.

Denn letztendlich sei es gerade wirtschaftliche Prosperität, was die Bevölkerung der östlichen Mitgliedsstaaten von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union erwarte. Dort würde die EU mehr als Chance auf Wohlstand wahrgenommen, denn als Projekt christlich-abendländischer Werte und Überzeugungen.

Und dennoch wertete er die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 auch als große Möglichkeit für die Staaten Osteuropas und Europa insgesamt. Symbolisch bedeutend in diesem Kontext sei beispielsweise, dass mit Donald Tusk 2014 erstmals ein Politiker aus dem ehemaligen Ostblock europäischer Ratspräsident wird.

Und so schloss er auch seinen Vortrag mit einem positiven Ausblick und nutze die Möglichkeit, an seine jungen Zuhörer*innen zu appellieren: Die EU sei immer noch ein herausragendes Friedensprojekt, welches nach wie vor als Vorbild für alle anderen internationalen Organisationen diene. Das werde vor allem deutlich, wenn man die innereuropäische Perspektive verlasse. Politisches Engagement gerade der jungen Generation sei in Zeiten gegenwärtiger wirtschaftlicher und politischer Krisen gefragt: Ungerechtigkeiten seien nicht einfach hinzunehmen und der Glaube an Veränderungen dürfe nicht verloren gehen.

BENEDIKT GREINER

Auf ein Wort, Herr Standke!

Auszüge aus seinem Vortrag am 29.11.2014

[...] *Auf der wirtschaftlichen Seite waren die Ostblockländer ihren westlichen Konkurrenten aussichtslos unterlegen. Viele waren zahlungsunfähig*

[...]

Die Sowjetunion machte keine Ausnahme. Hierzu Michail Gorbatschow: „Die Finanzhilfe, die Deutschland der Sowjetunion und später Russland leistete, betrug fast 100 Milliarden DM. Das macht mehr als die Hälfte der ausländischen Hilfe aus...“.

Auch 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer ist bei einem Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften in Ost und West das schwere Erbe des Sozialismus allorts noch zu spüren. Der Wunsch nach wirtschaftlicher Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch eine Westorientierung ihrer Länder war im Jahr 1989 gewiss für die Bevölkerung der ehemaligen Ostblockstaaten neben dem Wunsch nach Freiheit eine der stärksten Triebfedern zu ihrer Hinwendung in das nun wiedergrößer gewordene Europa.

Portrait Klaus-Heinrich Standke

Der 1935 in Remscheid geborene Klaus-Heinrich Standke studierte Wirtschafts- und Literaturwissenschaften in Berlin und Paris. Von 1969 bis 1974 war er Generalsekretär der unter OECD-Schirmherrschaft gegründeten European Industrial Research Management Association (**EIRMA**). Als erster Deutscher wurde er zum Direktor bei den **Vereinten Nationen** berufen, zuständig für Wissenschaft und Technologie. Von 1980 bis 1990 war er leitender Direktor im Wissenschaftssektor der **UNESCO**. Seit dem Fall der Berliner Mauer beschäftigt sich Prof. Standke vor allem mit dem **Osten Europas**: Bis 1995 amtierte er als Präsident der OstWestWirtschaftsAkademie (**OWWA**). Er ist Präsident des Komitees zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit e.V. („**Weimarer Dreieck**“)

Im Zuge der Planung der Freiburger Gespräche war man auf das „Weimarer Dreieck“ aufmerksam geworden. Auf die Anfrage, ob man Infomaterial über dessen Arbeit erhalten könne, erklärte sich Herr Standke selbst bereit, einen substanziellen Beitrag zu den Freiburger Gesprächen zu leisten. Als Moderator der Podiumsdiskussion, mit seinem Vortrag und dem ein oder anderen persönlichen Gespräch hinterließ er einen bleibenden Eindruck bei den Teilnehmer*innen.

Bücher, Links &c.

- Das Weimarer Dreieck in Europa: Die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit (Verlag Adam Marszalek) 2010.
- Das Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit („Weimarer Dreieck“)
<http://www.weimarer-dreieck.eu/index.php>
- Ausführliche Informationen zur Person
<http://www.klaus-heinrich-standke.de/index.php>

„Die Wende der 1990er Jahre in Ungarn und aktuelle Entwicklungen“

Ein Vortrag von György Dalos

Mit György Dalos konnte einer der großen europäischen Intellektuellen (Frankfurter Allgemeine Zeitung) für die Freiburger Gespräche gewonnen werden. Am Samstag blickte er gemeinsam mit den Teilnehmer*innen der Freiburger Gespräche zurück auf die Ereignisse in seiner Heimat Ungarn nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Die dortigen aktuellen Entwicklungen bewertete er kritisch.

Seinen Vortrag begann György Dalos mit den persönlichen Erfahrungen seiner Jugend im kommunistischen Ungarn und der Sowjetunion. Er sei selbst ein junger begeisterter Anhänger des Kommunismus gewesen, der davon träumte, in der Sowjetunion, dem kommunistischen Mutterland, zu leben und zu arbeiten. Und tatsächlich erhielt er die Möglichkeit, in Moskau zu studieren. Doch dort angekommen, war er recht schnell durch den Alltag und die Umsetzung der vermeintlichen kommunistischen Ideale ernüchert. Die schlechte Wirtschaftslage und vor allem die miserablen Lebensbedingungen ließen ihn an dem real existierenden Sozialismus zweifeln. An seiner sozialen Grundeinstellung haben aber selbst diese Erfahrungen nichts ändern können. Bis heute, so Dalos weiter, sei er überzeugter Sozialist.

Nach eigenem Bekunden lernte er in seiner Zeit in Moskau, das jeweils vorherrschende politische System eines Landes von den dort lebenden Menschen zu unterscheiden. Die Bewohner Moskaus seien ihm bis heute in exzellenter Erinnerung geblieben.

Danach spannte György Dalos den Bogen seines Vortrags hin zur jüngeren Geschichte Ungarns und Zentral- und Osteuropas. Die Wendejahre seien in Ungarn ebenso chaotisch verlaufen, wie in anderen ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes. Der entfesselte Kapitalismus brachte einige Gewinner, aber auch viele Verlierer, hervor. Den damaligen Traum vom schnellen

Wohlstand für alle bezeichnete Dalos als „Illusion“.

Aus diesem Kontext heraus begann er, den Erfolg rechter Parteien in seiner Heimat Ungarn zu erklären. Im Angesicht deren Wahlerfolge müsse man sich inzwischen die Frage stellen, wer diesen Parteien zum Erfolg ver helfe: Diejenigen, die wählen gehen, oder diejenigen, die den Wahlurnen fernbleiben. In diesem Zusammenhang macht er aber auch deutlich, dass das ganze politische System Ungarns in einer Krise stecke: Korruption herrsche in allen politischen Parteien vor, die Schere zwischen Arm und Reich sei extrem groß und eine selbstbewusste Mittelschicht nicht vorhanden.

Speziell den Erfolg Viktor Orbáns führte er auf das Bedürfnis der ungarischen Bevölkerung nach Ruhe und Sicherheit zurück, für die der Ministerpräsident zumindest oberflächlich Sorge.

Auf die Frage, warum der Rest Europas im Zuge der Mediengesetze so zurückhaltend reagiert hätte bemerkte er, dass diese Gesetze ohne Zweifel eine Schande für die Demokratie seien. Letztendlich sei Ungarn strategisch aber zu bedeutungslos, um die EU zu einem entschlossenen Eingreifen zu bewegen. Ebenso lenkte die damals ausufernde Euro-Krise den Fokus der EU auf andere Länder und Schauplätze.

Zum Abschluss warnte Dalos noch eindringlich vor dem Erstarken der Jobbik-Partei, die er als gefährlichste Bedrohung des ungarischen Staates ausmachte.

BENEDIKT GREINER

Auf ein Wort, Herr Dalos!

Auszüge aus seinem Vortrag am 29.11.2014

[...] In den Flitterwochen Ungarns mit der jungen Demokratie war Europa ein Schlüsselbegriff. Die Erwähnung des Kontinents in den Medien erreichte einen Ausmaß, das den Autor Peter Esterházy auf die Idee brachte: jeder, der das Wort „Europa“ in den Mund nimmt, sollte automatisch einen Forint in die Staatskasse einzahlen (was angesichts des Schuldenberges und der beginnenden Rezession keine wirkliche Sanierung ergeben hätte). Die Erwartungen waren wohlgemeint, doch naiv. Von der Übernahme der europäischen Normen von Politik und Moral erwartete man einen durchschlagenden ökonomischen und sozialen Aufstieg - eine Demokratie mit allen Vorteilen aber ohne Nachteile der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Selbstverständlich verlief die Entwicklung viel schwieriger. Allein das Klopfen am Tor der EU dauerte fünfzehn Jahre lang an.

[...]

Die Staaten des ehemaligen real existierenden Sozialismus brauchen im 21. Jahrhundert am meisten eine Zivilgesellschaft, die der Versuchung widerstehen kann, soziale Fragen autoritär zu beantworten, Minderheiten im Ernstfall zu Sündenböcken abzustempeln und Offenbarungen einander befehlenden Eliten nicht für bare Münze zu nehmen. Den Politiker, die diese Länder in den nächsten Jahrzehnten regieren werden, kann man vielleicht als bestes Gut eine größere Einsicht wünschen, wohl wissend, dass diese vor allem mehr Phantasie voraussetzt. Und wenn sie ihre Vorstellungskraft verstärken wollen, reicht es vielleicht aus, ab und zu jenseits der zeremoniellen Jahrestagsfeiern an unser gemeinsames Jahr 1989 zurückzudenken.

Porträt György Dalos

Der ungarische Schriftsteller und Historiker wurde 1949 in Budapest geboren. Er studierte Geschichte an der **Lomonossow-Universität Moskau** und arbeitete anschließend als Museologe in Budapest. 1968 wurde er wegen „maoistischer Umtriebe“ zu einer Haftstrafe von sieben Monaten verurteilt, die allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurde. Im Zuge dessen erteilte man ihm auch ein Berufs- und Publikationsverbot. Er arbeitete nun als Übersetzer. 1984 erhielt er ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und arbeitete in der **Forschungsgruppe Osteuropa** der Universität Bremen. Nach der Wende war er unter anderem Leiter des **Kulturhauses Ungarn** in Berlin und Mitherausgeber der Wochenzeitung „**Der Freitag**“.

Seine Teilnahme an den Freiburger Gesprächen wurde durch Florian Schmidt von der **Gesellschaft für grenzüberschreitende Zusammenarbeit** ermöglicht, der nicht nur den Kontakt zu Herrn Dalos herstellte, sondern auch während des Wochenendes dessen Ansprechpartner war.

Bücher, Links &c.

- Ungarn in der Nußschale: Geschichte meines Landes (C.H.Beck) 2005.
- Geschichte der Russlanddeutschen: Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart (C.H. Beck) 2014.
- Interview zum Ungarischen Mediengesetz (SPON, 22.12.2010)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarns-medienkontrolle-betriebsstoerung-der-demokratie-a-736136.html>
- Portrait des Schriftstellers in der FAZ zum 70. Geburtstag (FAZ Online, 22.09.2013)
<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/gyoergy-dalos-zum-siebzigsten-seine-lage-in-der-lage-12585290.html>

Die Bulli Tour Europa 2014

Ein Vortrag von Hervé Moritz

16.000 km durch Osteuropa, Stopps in nahezu allen Staaten zwischen Schwarzem Meer und der Ostsee, spannende Reportagen und Porträts der dortigen Bevölkerung, ihren Chancen, Problemen und Sehnsüchten. Zum Ende der Freiburger Gespräche nahm Hervé Moritz (JE Strasbourg) die Teilnehmer*innen mit auf eine Reise in den Osten Europas.

„Ein unbeachtetes und in den Medien wenig bekanntes Osteuropa. Ein in die Zukunft gerichtetes Europa, das große Schwierigkeiten mit dem Leben in der Gegenwart hat: auch hier hat die Krise ihre Spuren hinterlassen und die Nostalgie ist nie fern.“

Dieses Zitat stammt von den beiden Journalisten Claire Audhuy und Baptiste Cogitore, die fünf Monate lang, von Mai bis Oktober 2014, im Rahmen der Bulli Tour Europa durch Zentral- und Osteuropa gereist sind. Dieses Projekt stellte uns Hervé Moritz, Chefredakteur des französischsprachigen Onlinemagazins Taurillon, am Sonntagvormittag vor. Der Name war Programm, als Transportmittel der Journalisten diente der berühmte „Bulli“ T2 von VW aus dem Jahre 1978, welcher auch als Schlafgelegenheit und Radiostudio genutzt wurde. Die Berichterstattung wurde von drei Themenkomplexen bestimmt: Identitäten und Minderheiten, Theater und Widerstand, Erinnerung und Nationalismus. Die Journalisten wählten verschiedene Medien zur Dokumentation. Dazu gehörten Video-, Radioreportagen, sowie Fotogalerien, Artikel und Interviews in Schriftform.

Nach dieser allgemeinen Einführung schauten wir uns zwei Videos an, die während dieser Zeit entstanden sind. Die erste Reportage porträtiert das Roma Rap Kollektiv „Shutka Roma Rap“, die aus der Kommune „Shuto-Orizari“ bei Skopje, Mazedonien, kommt. Es handelt sich hierbei mit ca. 20.000 Einwohnern um einer der größten Roma-Städte Europas. Die Bewohner sind sehr jung und oftmals arbeitslos. Die Texte der Musiker behandeln den Alltag in

diesem Viertel und spielen mit den Klischees. Ziel ist es die Sprache und die Identität der Roma über die Grenzen Mazedoniens hinweg bekannt zu machen.

Das zweite Video beschäftigte sich mit den prekären Lebensbedingungen der Menschen aus dem Flüchtlingslager Harmanli in Bulgarien. Dieses zählt rund eine Millionen Flüchtlinge, die überwiegend aus Syrien stammen. Besonders hervor stach die Geschichte von Basel, einem Kurden aus Aleppo. Er erzählt seine Flüchtlingsgeschichte und wie er durch die Zerstörung seines Hauses auch seine Familie verlor. Sein Ziel war es, in den deutschsprachigen Raum zu kommen und dort zu studieren, da er gebrochen deutsch spricht. Dies ist ihm kürzlich auch gelungen.

Die Vorstellung dieses Projekts ermöglichte es den Teilnehmer*innen, zum Abschluss des Seminars, einen Blick auf den Alltag der Menschen in Zentral- und Osteuropa zu werfen und bildete einen lockeren Ausklang des Wochenendes.

Laura Maria Schmidt

Bücher, Links &c.

- Homepage der Bulli Tour:
www.bullitour.eu
- Harmanli: aux portes de l'Union européenne
https://www.youtube.com/watch?v=D_EPGWwTr3I&list=UUUMXS-xMzjPL7oZT4bl3_9w
- Shutka rappe son destin
<https://www.youtube.com/watch?v=LWEqr53PlDU>



DIE WORKSHOPS



Workshop #1: Mehr Europa im Osten oder mehr Osten in Europa?

Der Workshop befasste sich mit den politischen Veränderungen, die der Beitritt der osteuropäischen Länder 2004 in den letzten Jahren in der EU verursacht hat. Dabei wurden in zwei Themenblöcken Aspekte der europäischen Innenpolitik und das Thema Arbeitsmigration und Jugendarbeitslosigkeit betrachtet.

Im ersten Teil untersuchten wir die Auswirkungen des Beitritts dieser Länder, bezogen auf die innenpolitische Situation der EU und die dortigen Machtverhältnisse. Hier wurde ein gemischtes Bild konstatiert. Länder wie Polen und Foren wie die Visegrád-Gruppe haben zwar Einflussmöglichkeiten, nehmen diese aber nur bedingt wahr. Oft wird der politische Handlungsspielraum durch exogene Faktoren (Eurokrise, außenpolitische Krisen) diktiert. Doch gerade Polen wurde, auch dank des neuen Ratspräsidenten Tusk, das Potential attestiert, in Zukunft potentiell wirkungsmächtiger auf dem europäischen Parkett agieren zu können. Im Anschluss daran wurde die Wirkung der EU auf die demokratische Transformation in diesen Ländern betrachtet und anhand von einigen Beispielländern zunächst in Gruppenarbeit und dann im Plenum diskutiert – mit Ungarn als Negativbeispiel und dem gegenüber Estland mit der Entwicklung einer „E-Demokratie“ als potentielles Vorbild. Auch hier blieb das Bild der Teilnehmer*innen ambivalent. Besonders das Thema potentieller Sanktionen gegen antidemokratische Entwicklungen wie in Ungarn zeigte sich kontrovers. Zwar sollte man für europäische Grundwerte eintreten, gleichzeitig aber bedenken, dass man durch hartes Eingreifen nationalistische Strömungen noch befördern könnte.

Der zweite Teil des Workshops fand in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Freiburg statt. Hier wurde das Thema Arbeitsmigration in der EU beleuchtet, mit Fokus auf die Auswirkungen

der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Obwohl 2004 für die übrigen Mitgliedstaaten die Möglichkeit bestand ihre Märkte mit einer Übergangssperre von zwei bis sieben Jahren auf den vermeintlichen Ansturm von Arbeitskräften aus den neuen Beitrittsländern vorzubereiten und die Arbeitnehmerfreizügigkeit einzuschränken, blieb der befürchtete Ansturm aus. Die tatsächliche Arbeitsmigration aus den damaligen Beitrittsstaaten ist sehr unterschiedlich. Während Rumänien eine starke Abwanderung zu verzeichnen hat, sind Slowenien und Ungarn bisher kaum betroffen. Insgesamt ist die Arbeitsmigration in Europa im internationalen Vergleich extrem niedrig. Da die neuen Mitgliedsstaaten dennoch mit der Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu kämpfen haben („Brain drain“), wird versucht, Absolventen an den heimischen Arbeitsmarkt zu binden, oft mit direkter oder indirekter Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die eigentlich ein Grundrecht für jeden EU-Bürger darstellt. Im Workshop wurden anschließend die Vor- und Nachteile einer europäischen Arbeitsmarktpolitik diskutiert, die ausgleichend zwischen den Mitgliedsstaaten wirken könnte und die Lohn- und Arbeitsdiskrepanzen kompensieren könnte.

ANNEGRET KEMPF/JANA WEIDINGER

Bücher, Links &c.

- Folgen der Auswanderung in Mittel- und Osteuropa
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/154192/mittel-und-osteuropa-folgen-der-auswanderung>
- Widerstand gegen Orbáns demokratiefeindliche Politik:
http://www.deutschlandfunk.de/sorge-um-die-republik-ungarn.724.de.html?dram:article_id=100448

Workshop #2: Wie abhängig sind wir von Russlands Gas?

Der Workshop näherte sich dem Thema „10 Jahre EU-Osterweiterung“ unter einem ökonomischen Gesichtspunkt. Er befasste sich mit der Wirtschafts- und Energiepolitik der EU. Dabei wurde zum einen die wirtschaftliche Entwicklung osteuropäischer Staaten seit 1990, zum anderen die Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik behandelt.

In einem ersten Inputblock stellte Sven Bisang dar, wie sich die Wirtschaftsleistung der acht mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges verändert hat. Die marktwirtschaftlichen Reformen, die Anfang der 1990er in diesen Ländern durchgeführt wurden, wurden eingehender analysiert und ihr Weg in den europäischen Binnenmarkt nachgezeichnet. Im Anschluss daran wurde am Beispiel Polens und Lettlands dargestellt, wie sich die Staaten in den Folgejahren ihres EU-Beitritts 2004 entwickelten und welche Einschnitte die Finanzkrise 2008 mit sich brachte. Zum Abschluss wurde diskutiert, welche Herausforderungen sich für die damaligen Beitrittsländer heute noch stellen und wie deren vertiefte wirtschaftliche Integration gestaltet werden könnte.

In einem zweiten thematischen Input analysierte Miriam Gramelsberger die Energiepolitik der EU. Zunächst wurde deren Entstehung anhand wichtiger Abkommen nachvollzogen. Im Anschluss daran wurden strategische Herausforderungen, die sich aus einem Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit ergeben, dargestellt. Außerdem wurden bisherige Positionspapiere, wie beispielsweise „Energie 2020“ erläutert. Daraufhin wurde zusammen mit den Teilnehmer*innen die aktuelle Situation auf dem europäischen Energiemarkt besprochen. Im Mittelpunkt der Debatte stand hierbei die Frage nach der tatsächlichen Abhängigkeit (Ost-)Europas von russischen Gaslieferungen.

Im Abschlussteil des zweiten Themenblocks wurde die im Mai dieses Jahres von der Kommission vorgestellte „Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit“ eingehend betrachtet. Deren vorrangiges Ziel ist die Reduktion der gesamteuropäischen Importabhängigkeit durch Diversifizierung externer Partner, Verbesserung der Energieinfrastruktur, Verstärkung der internen Kooperation und Energieeinsparungen. Die Strategie enthält sowohl kurzfristige Maßnahmen, wie Stresstests, Notfallmechanismen und eine Förderung des Ausbaus von Energiespeicherkapazitäten, als auch mittel- und langfristige Ziele auf dem Weg zu einem kohärenten europäischen Energiebinnenmarkt.

In der anschließenden Diskussion hatten die Teilnehmer*innen des Workshops die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und ihre Ansichten bezüglich der von der EU beschlossenen Maßnahmen auszutauschen. Im Laufe der Debatte zeigte sich, dass die meisten diese sehr positiv einschätzten, jedoch für nicht weitreichend genug hielten. So fand die Idee einer Energieunion mit gebündelten Kompetenzen, die als eine Art Einkaufskartell eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Energieriesen schaffen könnte, großen Zuspruch in der Runde.

MIRIAM GRAMELSBERGER

Bücher, Links &c.

- Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140718STO53032/html/EU-Strategie-f%C3%BCr-Energieversorgungssicherheit-Russland-Abh%C3%A4ngigkeit-verringern>
- Die Energieimporte der EU <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/energie-energieeffizienz-eu>

Workshop #3: Zentraleuropa – Wo schlägt das Herz Europas?

Der Workshop begann mit einem Brainstorming zum Begriff Zentraleuropa, bei dem auch die Grenzen Zentraleuropas diskutiert wurden. Wo Zentraleuropa liegt, hängt von persönlichen Erfahrungen und Vorstellungen ab. Einigen konnte man sich auf ein Gebiet, das die Visegrád-Staaten Polen, Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei umfasst. Es sei angemerkt, dass das allgemein anerkannte „geographische Zentrum“ Europas Bernotai ist. Es liegt in Litauen nicht weit von Vilnius entfernt.

Héloïse Montadert präsentierte anschließend die historischen Ursprünge des Zentraleuropabegriffs und die Funktionsweise der Visegrád-Gruppe. Peio Dugoua-Mace stellte einen Artikel von M. Kundera vor „Die Tragödie Zentraleuropas“ (1981), worin erstmals die Frage nach dem Zentraleuropabegriff aufgeworfen wurde. Seine Definition Zentraleuropas als jener Teil „der geographisch im Zentrum, kulturell im Westen und politisch im Osten liegt“ wurde übernommen. Rebecca Breitman ging auf die aktuelle deutsche Politik bezüglich der Staaten Zentraleuropas ein. Dabei wurden die unterschiedlichen Perspektiven Deutschlands und Frankreichs verglichen, ebenso wie der wirtschaftliche und kulturelle Austausch in Zentraleuropa.

Im zweiten Teil des Vormittags gab es ein Planspiel zum Programm der Europäischen Kulturhauptstädte, welches zunächst von Peio Dugoua-Mace in seiner Zielsetzung und Finanzierung vorgestellt wurde. Das Planspiel war in Gruppen organisiert, die jeweils die Kandidatur einer Stadt vorbereiten sollten und diese anschließend vor der Jury der Europäischen Kommission verteidigen mussten. Zur Vorbereitung dienten die Berichte des EU Parlaments von 2013 über die Kulturhauptstädte. Jede Gruppe bekam eine zentraleuropäische Stadt zugeteilt: Bratislava (Slowakei), Sopron (Ungarn) und Karlovy Vary (Tschechien). All diese Städte

liegen an Grenzen und standen in der neueren Geschichte unter dem wechselnden Einfluss verschiedener europäischer Staaten. zahlreiche interessante Ideen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entwickeln, um eine gemeinsame europäische Kultur zu fördern.

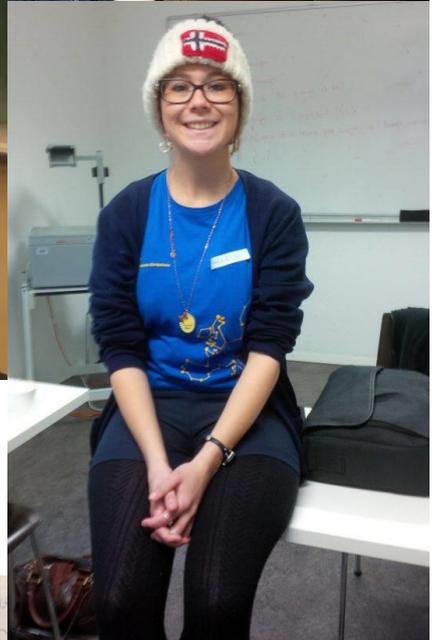
Am Nachmittag gingen wir der Frage nach einer gemeinsamen Kultur Zentraleuropas nach. Es wurde der Standpunkt von polnischen JEF-Mitglieder*innen eingebracht, die meinten, es gäbe keine gemeinsame kulturelle Identität Zentraleuropas. Die nationale Identität sei in Polen sehr wichtig und verändere sich seit dem Beitritt zur EU langsam in Richtung einer Pro-Deutschen und Pro-Europäischen Haltung.

Die Debatte entspann sich dann um die Frage nach Minoritätsrechten in Zentraleuropa. Wir tauschten uns darüber aus, welchen Einfluss die noch relativ junge wiedergewonnene staatliche Souveränität der ehemaligen kommunistischen Staaten Zentraleuropas auf die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Kultur hat. Außerdem stellten wir fest, dass eine gemeinsame europäische Geschichte, beispielsweise durch kulturelle und wirtschaftliche Verflechtungen, existiert. Wir fragten uns, ob es nicht sinnvoll sei diese Verbindungen europaweit im Geschichtsunterricht zu lehren, da eine gemeinsame Geschichte als Grundlage für eine gemeinsame Identität dienen kann.

LAURA MARIA SCHMIDT

Bücher, Links &c.

- Kundera, Milan: Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas, in: Kommune. Forum für Politik und Ökonomie 2 (1984), Nr. 7, S. 43-52.
- Steffen Höhne: Mitteleuropa. Zur konzeptuellen Karriere eines Kulturpolitischen Begriffs. In: Bohemia 41 (2000), S. 279-294)



FREIBURGER GESPRÄCHE BEYOND THE HEADLINES!



Wir waren dabei!

60 Teilnehmer*innen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz sprechen für sich: Die Jungen Europäische Föderalisten Freiburg bedanken sich für das große Interesse an den diesjährigen Freiburger Gesprächen!

Denn neben den inhaltlichen Schwerpunkten bieten sich auf den Freiburger Gespräche immer zahlreiche Möglichkeiten, die deutschen, französischen und schweizerischen Nachbar*innen besser kennen zu lernen. Bei den gemeinsamen Abendessen, Gesprächen in Bars und auf der Abschlussparty zeigte sich einmal mehr, dass die Idee Europa viel mehr ist als abstrakte Gedanken und Visionen.

Andreas	Lanio	Markus	Schildknecht
Anna-Maria	Kallenbach	Mathias	Cordero
Annegret	Kempff	Mathilde	Wielgocki
Benedikt	Greiner	Matthias	Wolfger
Benjamin	Schäfer	Michel	Di Ronco
Charles	Coudoré	Mira	Eberz
Christoph	Schmidt	Miriam	Gramelsberger
Enzo	Kublin	Moritz	Schleicher
Eva-Katrin	Hagelstein	Natascha	Kübler
Florian	Ziegenbalg	Nico	Hanke
Frederike	Reuter	Ophélie	Omnes
Geoffrey	Lopes	Patricia	Enssle
Gun	Overesch	Pauline	Bidaud
Hans-Jochen	Bosch	Peio	Dugoua - Macé
Heiko	Heurung	Peter	Olszewski
Helena	Robyn	Philipp	Hofmann
Héloïse	Montadert	Pierre-Marie	Simon
Hervé	Moritz	Rebecca	Breitman
Jana	Weidinger	Rémi	Guastalli
Jonas	Klante	Robert	Riemann
Julia	Reznitcaia	Sebastian	Wiest
Juliane	Weller	Simon	Freisler
Laura	Drexler	Susan	Dideban
Laura	Wanner	Sven	Bisang
Laura Maria	Schmidt	Thomas	Lymes
Lena	Gillmeister	Tobias	Roller
Lisa	Schwalbe	Verena	Mayer
Malvina	AMMOUN	Yannic	Neldert
Manon	Richard		



Alle auf einen Blick: Die diesjährigen Teilnehmer*innen der Freiburger Gespräche

Die Jungen Europäischen Föderalisten Freiburg bedanken sich bei allen Sponsoren und Partnern, welche die diesjährigen Freiburger Gespräche zu einem vollen Erfolg haben werden lassen!

Deutsch-Französisches Jugendwerk
Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz
Kulturamt Stadt Freiburg
Land Baden –Württemberg
Brauerei Ganter GmbH & Co. KG
Volksbank Freiburg eG
Europa Union Freiburg e.V.
Landeszentrale für Politische Bildung Freiburg
Gesellschaft für grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V.

